

KOALITIONSVERTRAG EINHALTEN: SCHULSOZIALARBEIT IN SACHSEN FÖRDERN

16. Juni 2015

Pressemitteilung der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen

(Dresden) Wohlfahrtsverbände fordern CDU und SPD auf, ihre im Koalitionsvertrag getroffenen Aussagen zur Schulsozialarbeit einzuhalten. Die aktuellen Finanzierungsvorschläge gefährden auf lange Sicht die Wirksamkeit der Schulsozialarbeit in Sachsen und zwingen Träger zur Aufgabe dieses Tätigkeitsfeldes.

„Es ist unbegreiflich: Fast jeder zehnte Schüler verlässt in Sachsen die Schule ohne Abschluss. Mit dieser Schulabbrecherquote liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt und das muss sich dringend ändern – um der jungen Menschen willen. Was soll denn aus ihnen werden? Deshalb bekannte sich der Koalitionsvertrag ja zu einem Ausbau der Schulsozialarbeit. Selbst Bildungsministerin Brunhild Kurth sagt, dass eine Senkung der Schulabbrecherquote ohne Schulsozialarbeit nicht möglich sein wird, und Lehrer, Schüler und Eltern sind ohnehin vom Nutzen des Programms für den Lernerfolg überzeugt!“, so Karlheinz Petersen, Geschäftsführer der sächsischen Arbeiterwohlfahrt und derzeitigen Vorsitzender der Liga Sachsen. Entgegen aller Absprachen und schriftlichen Willensbekundungen soll ab dem Schuljahr 2015/2016 nun dennoch die Förderung im Programm „Kompetenzentwicklung für Schülerinnen und Schüler“ auf zehn Monate beschränkt und in der Höhe gedeckelt werden.

„Unter diesen Bedingungen wird es für viele Träger nicht mehr möglich sein, ihre Angebote an Schulsozialarbeit aufrecht zu erhalten. Sozialarbeit lebt doch von Kontinuität und Nachhaltigkeit!“ mahnt Christian Schönfeld, Chef der Diakonie Sachsen. „Nur dann kann eine Bindung entstehen, die den bisher vom Leben benachteiligten Jugendlichen das nötige Durchhaltevermögen und letztlich den Glauben an sich selbst gibt, ein eigenverantwortliches Leben zu starten. Förderlücken gefährden ohne Not bei den Jugendlichen die Motivation und stellen letztlich den bisherigen Mitteleinsatz in Frage.“

Daher erinnert Schönfeld nun das Sozialministerium an den Koalitionsvertrag. „Es ist einfach ärgerlich, dass Sozialministerium und AufbauBank selbst noch auf die Schulbank gehören. Denn die Beschneidung des Förderzeitraums hat schon 2014 für den Abbruch von Projekten gesorgt. In den Jahren davor gab es diese Förderlücken und die Deckelung der Gesamtkosten nicht. Warum ging früher, was heute nicht mehr gehen soll? Die Frage lautet also: Wieso sind uns die jungen Menschen, die doch unsere Zukunft sind, so wenig wert?“

Hintergrund: Seit vielen Jahren engagiert sich das Sozialministerium mit ESF-Förderprogrammen

für benachteiligte Jugendliche. So sind zu den Jugendwerkstätten in den letzten Jahren noch Produktionsschulen und Sozialarbeit an Schulen dazu gekommen. Projekte, die eine durchgängige, lückenlose und passgenaue Förderung für benachteiligte junge Menschen am Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung vorsehen, damit sie ihren Weg in eine eigenständige berufliche Existenz finden. Politik und Verwaltung sind jetzt dringend gefordert, endlich Regelungen zu finden, um Abbrüche für Jugendliche, Mitarbeiter und Projekte zu vermeiden.

Presseanfragen:

Dr. Adrienne Krappidel, Federführung Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen
Telefon: 0351 84 704-514, E-Mail: adrienne.krappidel@awo-sachsen.de